



*Haarkverträge*

23. August 1985

**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM**  
**FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Geschäftszahl 27.611/1-II/9/85  
 Protokoll über den Beitritt  
 Kolumbiens; Entwurf eines Minister-  
 ratsvortrages

1011 Wien, Stubenring 1  
 Telefon 0222/7500  
 Name des Sachbearbeiters:  
 Rat Dr. Belke  
 Klappe 5524 Durchwahl  
 Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die  
 Geschäftszahl dieses  
 Schreibens angeben.

<b>Gesetzentwurf</b>	
Zl.	79 - GE/1985
Datum	1985 08 26
Verteilt	28.8.85 Krum

*Dr. Esterbauer*

An

- 1) Oesterreichische Nationalbank
- 2) Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- 3) Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
- 4) Österreichischen Arbeiterkammertag
- 5) Österreichischen Gewerkschaftsbund
- 6) Vereinigung Österreichischer Industrieller
- 7) Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
- 8) Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Nieder-  
 österreichischen Landesregierung
- 9) Präsidium des Nationalrates

W i e n

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie über-  
 mittelt beiliegend das Beitrittsprotokoll Kolumbiens zum GATT  
 und den Entwurf der Erläuterungen zur Regierungsvorlage i.G.  
 zur allfälligen Stellungnahme.

Sollte bis 15. Sept. 1985 keine Stellungnahme im ho. Ressort  
 einlangen, wird angenommen, daß gegen den vorliegenden Entwurf  
 und gegen die Annahme des Protokolls durch Österreich keine  
 Bedenken bestehen.

Beilagen

Wien, am 23. Juli 1985  
 Für den Bundesminister:  
 M a y e r

Für die Richtigkeit  
 der Ausfertigung:

*W. Mayer*

## E r l ä u t e r u n g e n

=====

Das Protokoll ist ein gesetzändernder Staatsvertrag, weil durch seine Bestimmungen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, BGBl. Nr. 254/1951, bezüglich seiner Anwendbarkeit auf Kolumbien erstreckt wird. Es bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG. Es hat nicht politischen Charakter und enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Alle Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Recht ausreichend bestimmt, sodaß eine Beschlußfassung gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

Kolumbien gehört dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen als vorläufiges Mitglied auf Grund einer Deklaration vom 23. Juli 1975 an. Diese Deklaration war bis zum Wirksamwerden eines endgültigen Beitritts Kolumbiens bzw. mit 31. Dezember 1976, je nach dem, welcher Zeitpunkt früher eintreten würde, befristet.

Der Regierung Kolumbiens war es jedoch nicht möglich, ihre Vorbereitungen zum Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen bis 31. Dezember 1976 abzuschließen. Um die weitere Gültigkeit der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens sicherzustellen, genehmigten die Vertragsparteien eine Niederschrift betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens, die mit 31. Dezember 1978 befristet ist. Österreich nahm diese "Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" und auch die Niederschrift betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen durch Hinterlegung der Ratifikationsurkunde an (BGBl. Nr. 526/1978).

Es zeigte sich jedoch, daß auch nach dieser Verlängerung dem endgültigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen noch immer Schwierigkeiten entgegen standen. Seitens der

Regierung Kolumbiens wurde daher das Ersuchen gestellt, die Deklaration vom 23. Juli 1975 über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen zu verlängern. Diesem Ersuchen Kolumbiens entsprechend beschloß daher der GATT-Rat am 14. November 1978, eine "2. Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens" zur Unterzeichnung am Sitz des GATT-Sekretariats in Genf aufzulegen.

Diese Niederschrift sah eine Verlängerung der vorläufigen Mitgliedschaft Kolumbiens bis zum 31. Dezember 1980 vor. Sollte eine endgültige Mitgliedschaft Kolumbiens vor diesem Termin Wirksamkeit erlangen, so würde die Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zu diesem früheren Zeitpunkt außer Kraft treten.

Die VERTRAGSPARTEIEN stimmten am 28. November 1979 dem Protokoll betreffend den Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen zu, sodaß die Deklaration über den vorläufigen Beitritt nach Annahme des Protokolls durch Kolumbien außer Kraft getreten wäre.

Kolumbien unterzeichnete das Protokoll am 17. April 1980 unter Vorbehalt der Ratifikation. Es war Kolumbien jedoch nicht möglich, das innerstaatliche Ratifikationsverfahren bis 31. Dezember 1980 abzuschließen. Kolumbien ersuchte daher um eine weitere Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens. Diesem Ersuchen Kolumbiens entsprechend beschloß der GATT-Rat am 10. November 1980 eine "3. Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens" zur Unterzeichnung am Sitz des GATT-Sekretariats aufzulegen. Diese Niederschrift sah eine Verlängerung der vorläufigen Mitgliedschaft Kolumbiens bis zum 31. Dezember 1981 vor. Auch Österreich nahm die "2. und 3. Niederschrift betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" durch Hinterlegung der Ratifikationsurkunde an (BGBl. Nr. 126/1982).

Am 3. September 1981 notifizierte Kolumbien den Abschluß des Ratifikationsverfahrens. Gemäß Punkt 3.6 des Protokolls trat das Protokoll für Kolumbien am 3. Oktober 1981 in Kraft. Es liegt nunmehr zur Unterzeichnung durch die Vertragsparteien des GATT und durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf.

Die Annahme des Protokolls über den Beitritt Kolumbiens zum GATT ist im handelspolitischen Interesse Österreichs gelegen. Durch die Annahme dieses Protokolls entsteht kein zusätzlicher Einnahmeausfall, da die von Österreich im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vereinbarten ermäßigten oder aufgehobenen Zollsätze schon derzeit auf Grund der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1970 über zollrechtliche Maßnahmen gegenüber Staaten, Gebieten und Gebietsteilen, auf die die Bestimmungen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen nicht angewendet werden, BGBl. Nr. 419/1970, auch auf Waren aus Kolumbien anzuwenden sind; überdies werden anlässlich der Einfuhr bestimmter Waren aus Kolumbien Vorzugszölle gemäß den Bestimmungen des Präferenzzollgesetzes, BGBl. Nr. 487/1981, erhoben. Die Durchführung dieses Protokolls wird voraussichtlich keinen finanziellen Mehraufwand verursachen. Österreich führte im Jahre 1984 Waren im Werte von 578 Mio. öS aus Kolumbien ein und exportierte in der gleichen Zeit Waren im Werte von 155 Mio. öS nach Kolumbien.

Das Protokoll wurde am 18. Februar 1983 von ao. und bev. Botschafter Dr. Erik Nettel unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet. Das Protokoll wurde im Frühjahr 1983 dem Nationalrat zur Genehmigung vorgelegt, doch war wegen der Auflösung des Parlaments eine Beschlußfassung nicht mehr möglich. Die Regierungsvorlage betreffend die Ratifikation des Protokolls über den Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen muß daher dem Nationalrat noch einmal vorgelegt werden.

Detailliertere Aussagen sind nicht notwendig, da durch die gegenständlichen Normen keine konkreten Auswirkungen auf Österreich entstehen.

(Übersetzung)  
Protokoll  
über den Beitritt Kolumbiens  
zum Allgemeinen Zoll- und Han-  
delsabkommen

Die Regierungen, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sind (im folgenden als "Vertragsparteien" bzw. als "Allgemeines Abkommen" bezeichnet), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Regierung von Kolumbien (im folgenden als "Kolumbien") bezeichnet.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen betreffend den Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Abkommen,

Sind durch ihre Vertreter wie folgt übereingekommen:

Teil I - Allgemeine Bestimmungen

1. Kolumbien wird sobald dieses Protokoll gemäß Absatz 6 in Kraft tritt, zu einer Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens im Sinne seines Artikels XXXII und wendet gegenüber den Vertragsparteien vorläufig und nach Maßgabe dieses Protokolls an:

- a) Die Teile I, III und IV des Allgemeinen Abkommens,  
und
- b) Teil II des Allgemeinen Abkommens im größtmöglichen Ausmaß, das mit seinen am Tage des Datums des Protokolls bestehenden Rechtsvorschriften vereinbar ist.

Die Verpflichtungen gemäß Art. I Abs.1 des Allgemeinen Abkommens, soweit darin auf den Art. III des Allgemeinen Abkommens Bezug genommen wird, und die Verpflichtungen gemäß

./.

- 2 -

Art. II Abs.2 lit.b, soweit darin auf den Art. VI des Allgemeinen Abkommens Bezug genommen wird, werden für die Zwecke dieses Absatzes als zum Teil II des Allgemeinen Abkommens gehörig angesehen.

2. a) Falls in diesem Protokoll nichts anderes bestimmt ist, sind die von Kolumbien gegenüber den Vertragsparteien anzuwendenden Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens diejenigen, die in dem Text enthalten sind, welcher der Schlußakte der 2. Tagung des Vorbereitenden Komitees der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Beschäftigung angeschlossen ist, und zwar in der durch solche Übereinkommen berichtigten, ergänzten oder auf andere Weise geänderten Fassung, die am Tage, an dem Kolumbien Vertragspartei wird, in Kraft stehen.
- b) In den Fällen in denen Artikel V Absatz 6, Artikel VII Absatz 4, lit. d und Artikel X Absatz 3, lit. c des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens Bezug nehmen, ist für Kolumbien das Datum dieses Protokolls anzuwenden.

#### Teil II - Liste der Zollzugeständnisse

3. Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, wird die Liste in der Anlage zu einer Liste des Allgemeinen Abkommens bezüglich Kolumbiens.
4. a) In den Fällen, in denen Artikel II, Absatz 1 des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens Bezug nimmt, ist für jede Ware, die Gegenstand eines Zugeständnisses im Rahmen der diesem Protokoll beigefügten Liste der Zollzugeständnisse ist, das Datum dieses Protokolls anzuwenden.

./.

- 3 -

- b) Betreffend die Bezugnahme in Artikel II, Absatz 6, lit. a des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens, ist das für die diesem Protokoll beigelegte Liste der Zollzugeständnisse anzuwendende Datum das Datum dieses Protokolls.

### Teil III - Schlußbestimmungen

5. Dieses Protokoll wird beim Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN hinterlegt. Es liegt zur Unterzeichnung durch Kolumbien bis 1. Dezember 1980 auf. Es liegt auch zur Unterzeichnung durch Vertragsparteien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf.
6. Dieses Protokoll tritt am dreißigsten Tage nach dem Tage seiner Unterzeichnung durch Kolumbien in Kraft.
7. Nachdem Kolumbien nach Absatz 1 dieses Protokolls eine Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens geworden ist, kann es dem Allgemeinen Abkommen auf Grund der anwendbaren Bestimmungen dieses Protokolls durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor beitreten. Dieser Beitritt wird an dem Tag wirksam, an dem das Allgemeine Abkommen nach Artikel XXVI in Kraft tritt oder am dreißigsten Tag nach dem Tage der Hinterlegung der Beitrittsurkunde, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist. Der Beitritt zum Allgemeinen Abkommen gemäß dieses Absatzes wird für die Zwecke des Artikels XXXII, Absatz 2 jenes Abkommens als Annahme des Abkommens gemäß seinem Artikel XXVI, Absatz 4 angesehen.
8. Kolumbien kann die vorläufige Anwendung des Allgemeinen Abkommens vor seinem Beitritt zu diesem gemäß Absatz 7 zurücknehmen. Eine derartige Zurücknahme wird am sechzigsten Tag nach dem Tage wirksam, an dem eine schriftliche Mitteilung hierüber beim Generaldirektor einlangt.

./.

- 4 -

9. Der Generaldirektor übermittelt unverzüglich eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls und eine Notifikation über jede Unterzeichnung desselben gemäß Absatz 5 an jede Vertragspartei, an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, an Kolumbien und an jede Regierung, die dem Allgemeinen Abkommen vorläufig beigetreten ist.

10. Dieses Protokoll wird nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen registriert.

Geschehen zu Genf am achtundzwanzigsten November neunzehnhundertneunundsiebzig, in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, ausgenommen einer möglichen anderen Regelung betreffend die hier beigefügte Liste, wobei jeder Text authentisch ist.



Kurzinformation zum Protokoll über  
den Beitritt Kolumbiens zum GATT

Problem: Kolumbien gehörte dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen als vorläufiges Mitglied aufgrund einer Deklaration vom 23. Juli 1975 an. Da sich die Verhandlungen über den endgültigen Beitritt Kolumbiens verzögerten, genehmigte der GATT-Rat dreimal eine Verlängerung dieser Deklaration. Am 28. November 1979 stimmten die VERTRAGSPARTEIEN dem Protokoll betreffend den Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen zu. Das Protokoll trat für Kolumbien am 3. Oktober 1981 in Kraft. Durch die Annahme des Protokolls durch Kolumbien trat die Deklaration über den vorläufigen Beitritt Kolumbiens außer Kraft.

Problemlösung: Ratifikation des Protokolls über den Beitritt Kolumbiens zum GATT durch Österreich.

Alternativlösungen: keine

Kosten: Die Durchführung dieses Protokolls wird voraussichtlich keinen finanziellen Mehraufwand verursachen.

PROTOCOL FOR THE ACCESSION OF COLOMBIA  
TO THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

The governments which are contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "contracting parties" and "the General Agreement", respectively), the European Economic Community and the Government of Colombia (hereinafter referred to as "Colombia"),

Having regard to the results of the negotiations directed towards the accession of Colombia to the General Agreement,

Have through their representatives agreed as follows:

Part I - General

1. Colombia shall, upon entry into force of this Protocol pursuant to paragraph 6, become a contracting party to the General Agreement, as defined in Article XXXII thereof, and shall apply to contracting parties provisionally and subject to this Protocol:

- (a) Parts I, III and IV of the General Agreement, and
- (b) Part II of the General Agreement to the fullest extent not inconsistent with its legislation existing on the date of this Protocol.

The obligations incorporated in paragraph 1 of Article I by reference to Article III and those incorporated in paragraph 2(b) of Article II by reference to Article VI of the General Agreement shall be considered as falling within Part II for the purpose of this paragraph.

2. (a) The provisions of the General Agreement to be applied to contracting parties by Colombia shall, except as otherwise provided in this Protocol, be the provisions contained in the text annexed to the Final Act of the second session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, as rectified, amended or otherwise modified by such instruments as may have become effective on the day on which Colombia becomes a contracting party.

(b) In each case in which paragraph 6 of Article V, sub-paragraph 4(d) of Article VII, and sub-paragraph 3(c) of Article X of the General Agreement refer to the date of that Agreement, the applicable date in respect of Colombia shall be the date of this Protocol.

Part II - Schedule

3. The schedule in the Annex shall, upon the entry into force of this Protocol, become a Schedule to the General Agreement relating to Colombia.

4. (a) In each case in which paragraph 1 of Article II of the General Agreement refers to the date of that Agreement, the applicable date in respect of each product which is the subject of a concession provided for in the Schedule annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.

(b) For the purpose of the reference in paragraph 6(a) of Article II of the General Agreement to the date of that Agreement, the applicable date in respect of the Schedule annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.

### Part III - Final Provisions

5. This Protocol shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES. It shall be open for signature by Colombia until 31 December 1980. It shall also be open for signature by contracting parties and by the European Economic Community.

6. This Protocol shall enter into force on the thirtieth day following the day upon which it shall have been signed by Colombia.

7. Colombia, having become a contracting party to the General Agreement pursuant to paragraph 1 of this Protocol, may accede to the General Agreement upon the applicable terms of this Protocol by deposit of an instrument of accession with the Director-General. Such accession shall take effect on the day on which the General Agreement enters into force pursuant to Article XXVI or on the thirtieth day following the day of the deposit of the instrument of accession, whichever is the later. Accession to the General Agreement pursuant to this paragraph shall, for the purposes of paragraph 2 of Article XXXII of that Agreement, be regarded as acceptance of the Agreement pursuant to paragraph 4 of Article XXVI thereof.

8. Colombia may withdraw its provisional application of the General Agreement prior to its accession thereto pursuant to paragraph 7 and such withdrawal shall take effect on the sixtieth day following the day on which written notice thereof is received by the Director-General.

9. The Director-General shall promptly furnish a certified copy of this Protocol and a notification of each signature thereto, pursuant to paragraph 5, to each contracting party, to the European Economic Community, to Colombia and to each government which shall have acceded provisionally to the General Agreement.

10. This Protocol shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

Done at Geneva this twenty-eighth day of November one thousand nine hundred and seventy-nine, in a single copy, in the English, French and Spanish languages, except as otherwise specified with respect to the Schedule annexed hereto, each text being authentic.

PROTOCOLE D'ACCESSION DE LA COLOMBIE  
A L'ACCORD GENERAL SUR LES TARIFS  
DOUANIERS ET LE COMMERCE

Les gouvernements qui sont parties contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (dénommés ci-après "les parties contractantes" et "l'Accord général" respectivement), la Communauté économique européenne et le gouvernement de la Colombie (dénommé ci-après "la Colombie"),

Eu égard aux résultats des négociations menées en vue de l'accession de la Colombie à l'Accord général,

Sont convenus, par l'intermédiaire de leurs représentants, des dispositions suivantes:

Première Partie - Dispositions générales

1. A compter de la date à laquelle le présent Protocole entrera en vigueur conformément au paragraphe 6 ci-après, la Colombie sera partie contractante à l'Accord général au sens de l'article XXXII dudit Accord et appliquera aux parties contractantes, à titre provisoire et sous réserve des dispositions du présent Protocole:

- a) Les Parties I, III et IV de l'Accord général;
- b) La Partie II de l'Accord général dans toute la mesure compatible avec sa législation existant à la date du présent Protocole.

Les obligations stipulées au paragraphe 1 de l'article premier par référence à l'article III et celles qui sont stipulées à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article II par référence à l'article VI de l'Accord général seront considérées, aux fins du présent paragraphe, comme relevant de la Partie II de l'Accord général.

a) Les dispositions de l'Accord général qui devront être appliquées aux parties contractantes par la Colombie seront, sauf disposition contraire du présent Protocole, celles qui figurent dans le texte annexé à l'Acte final de la dixième session de la Commission préparatoire de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et l'emploi, telles qu'elles auront été rectifiées, amendées ou autrement modifiées par des instruments qui seront devenus effectifs à la date à laquelle la Colombie deviendra partie contractante.

b) Dans chaque cas où le paragraphe 6 de l'article V, l'alinéa d) du paragraphe 4 de l'article VII et l'alinéa c) du paragraphe 3 de l'article X de l'Accord général mentionnent la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne la Colombie sera la date du présent Protocole.

Deuxième Partie - Liste

2. La liste reproduite à l'annexe deviendra Liste de la Colombie annexée à l'Accord général dès l'entrée en vigueur du présent Protocole.

4. a) Dans chaque cas où le paragraphe 1 de l'article II de l'Accord général mentionne la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne chaque produit faisant l'objet d'une concession reprise dans la liste annexée au présent Protocole sera la date du présent Protocole.

b) Dans le cas de l'alinéa a) du paragraphe 6 de l'article II de l'Accord général qui mentionne la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne la liste annexée au présent Protocole sera la date du présent Protocole.

### Troisième Partie - Dispositions finales

5. Le présent Protocole sera déposé auprès du Directeur général des PARTIES CONTRACTANTES. Il sera ouvert à la signature de la Colombie jusqu'au 31 décembre 1980. Il sera également ouvert à la signature des parties contractantes et de la Communauté économique européenne.

6. Le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour qui suivra celui où il aura été signé par la Colombie.

7. La Colombie étant devenue partie contractante à l'Accord général conformément au paragraphe 1 du présent Protocole, pourra accéder audit Accord selon les clauses applicables du présent Protocole, en déposant un instrument d'accession auprès du Directeur général. L'accession prendra effet à la date à laquelle l'Accord général entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article XXVI, ou le trentième jour qui suivra celui du dépôt de l'instrument d'accession si cette date est postérieure à la première. L'accession à l'Accord général conformément au présent paragraphe sera considérée, aux fins de l'application du paragraphe 2 de l'article XXII dudit Accord, comme une acceptation de l'Accord conformément au paragraphe 4 de l'article XXVI dudit Accord.

8. La Colombie pourra, avant son accession à l'Accord général conformément aux dispositions du paragraphe 7, dénoncer son application provisoire dudit Accord; une telle dénonciation prendra effet le soixantième jour qui suivra celui où le Directeur général en aura reçu notification par écrit.

9. Le Directeur général remettra sans retard à chaque partie contractante, à la Communauté économique européenne, à la Colombie et à chaque gouvernement qui aura accédé à l'Accord général à titre provisoire, une copie certifiée conforme du présent Protocole et une notification de chaque signature dudit Protocole conformément au paragraphe 5.

10. Le présent Protocole sera enregistré conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Genève, le vingt-huit novembre mil neuf cent soixante-dix-neuf, en un seul exemplaire, en langues française, anglaise et espagnole, sauf autre disposition stipulée pour la Liste ci-annexée, les trois textes faisant également foi.